



Digitalen Wandel gestalten.

Umwelt- und Klimaschutz voranbringen.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

**Koalitionsvereinbarung
für die Wahlperiode 2021 – 2026**

Inhalt

I. Präambel	Seite 2
II. Schwerpunkte unserer Politik	Seite 3
1. Finanzen	Seite 3
2. Verwaltung	Seite 5
3. Digitalisierung und digitale Infrastruktur	Seite 5
4. Umwelt-, Klima- und Naturschutz	Seite 7
5. Wirtschaft und Arbeit	Seite 12
6. Infrastruktur und Mobilität	Seite 15
7. Schule und Bildung	Seite 18
8. Schulbau und Kreisliegenschaften	Seite 22
9. Gesundheit	Seite 23
10. Jugend, Familie und Soziales	Seite 27
11. Rettungsdienste und Gefahrenabwehr	Seite 33
12. Kultur, Ehrenamt und Sport.....	Seite 34

I. Präambel

Der Landkreis Gießen steht vor großen Herausforderungen, die sich durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt haben. Die Koalitionspartner CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler haben den notwendigen politischen Gestaltungswillen, um diese Herausforderungen anzunehmen. Mit einer verlässlichen und vorausschauenden Politik wollen wir auf den Stärken unseres Landkreises aufbauen. Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an einen lebenswerten und modernen Landkreis Gießen wollen wir erfüllen.

Viele gesellschaftliche Gruppen sind von der Corona-Krise stark betroffen. Ein besonderes Augenmerk unserer Politik liegt deshalb auf der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Handlungsfelder der Kreispolitik werden hierbei insbesondere die Förderung von Bildungsgerechtigkeit, sozialer Teilhabe, Inklusion und ehrenamtlicher Tätigkeit sein.

Wir wollen alle Chancen nutzen, um den Landkreis Gießen zu einem der innovativsten und nachhaltigsten Landkreise in Deutschland weiterzuentwickeln. Deshalb müssen sich der digitale Wandel und der Umwelt- und Klimaschutz als zentrale Querschnittsthemen in allen Politikbereichen wiederfinden. Auch für weitere Zukunftsfelder, wie Schule und Bildung, Mobilität und Infrastruktur, öffentliche Gesundheit und sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel werden wir politische Prioritäten setzen und damit in die Zukunft unseres Landkreises investieren.

Für diese Zukunftsinvestitionen werden wir durch sparsames und effizientes Handeln die notwendigen Gestaltungsspielräume schaffen. Alle Ausgaben und Investitionen müssen dabei mit Augenmaß erfolgen, um die Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage möglichst gering zu halten. Vor diesem Hintergrund stehen alle Vorhaben dieser Vereinbarung unter einem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt.

Die Koalitionspartner werden mit allen demokratischen Kräften im Kreistag eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle des Landkreises Gießen suchen, um gemeinsam für gute politische Rahmenbedingungen für unseren Landkreis von morgen zu sorgen.

II. Schwerpunkte unserer Politik

1. Finanzen

Eine nachhaltige, generationengerechte Haushaltspolitik stellt die Leitlinie für unser Handeln dar. Wir wollen und müssen in den kommenden fünf Jahren gemeinsam wichtige Aufgaben für unseren Landkreis in Angriff nehmen, um neue Herausforderungen zu meistern und den Landkreis zukunftsfähig aufzustellen. Dies wird erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern. Damit der Landkreis Gießen dauerhaft handlungsfähig bleibt, sind solide Finanzen eine wesentliche Voraussetzung und gleichzeitig das Fundament unserer Arbeit im Kreistag. Ein grundsätzliches Ziel unserer Finanzpolitik ist und bleibt deshalb ein ausgeglichener kommunaler Haushalt.

Notwendige Investitionen und Ausgaben müssen mit Augenmaß erfolgen, um die kreisangehörigen Kommunen nicht zu stark zu belasten. Gleichzeitig bedarf es in den Zukunftsfeldern Digitalisierung, Klimaschutz, Infrastruktur, Mobilität, moderne Verwaltung, Schulbau und der Corona-Folgenbewältigung sowie der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landkreises wichtiger Investitionen und finanzieller Impulse auf Kreisebene. Der Zustand vieler Schulgebäude und Kreisstraßen zeigt exemplarisch, dass für die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur künftig mehr Mittel eingesetzt werden müssen. Zudem muss der Landkreis neuen Anforderungen gerecht werden. Wir werden unseren Landkreis bestmöglich für die Herausforderungen der Zukunft aufstellen und werden deshalb finanzielle Spielräume vorrangig für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung nutzen.

Wir sind fest entschlossen, durch effiziente Haushaltsführung die notwendigen Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu gewinnen. Dennoch stehen alle Punkte dieser Koalitionsvereinbarung unter einem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt.

Neben den Investitionsmaßnahmen gibt es weitere kostenträchtige Aufgabenfelder, die künftig fortentwickelt, ausgebaut und vorangebracht werden sollen, wie beispielsweise der Öffentliche Personennahverkehr, die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung sowie die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Corona-Folgenbewältigung im Landkreis Gießen. Auch hier werden die notwendigen Aufwendungen steigen. Um die Kreisverwaltung zu einem effektiven und modernen Dienstleistungszentrum im Rahmen der Verwaltungsdigitalisierung weiter um- und auszubauen, werden wir die erforderlichen Mittel bereitstellen und auch darauf hinwirken, die Digitalisierung der Verwaltung und die Umsetzung des OZG zu beschleunigen.

Der kommunale Finanzausgleich ist neu geordnet worden. Das neue System orientiert sich am kommunalen Bedarf und hat auch durch eine Erhöhung der zur Verteilung stehenden Finanzmasse zu einer deutlichen Verbesserung der Schlüsselzuweisungen des Landes an die Landkreise, Städte und Gemeinden beigetragen. Der kommunale Schutzschirm des Landes für die Kommunen sowie die Hessenkasse haben deutlich

in einer Größenordnung von mehr als 160 Mio. Euro zur Entschuldung unseres Landkreises mit all ihren vorteilhaften Auswirkungen geführt. Dennoch gilt es, die Verschuldung niedrig zu halten und den Haushalt auszugleichen.

Vor dem Hintergrund der zuvor genannten Notwendigkeiten für Zukunftsinvestitionen sowie den derzeit noch nicht vollständig absehbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Finanzlage des Landkreises können wir unsere Absicht, die Kreisumlage weiter zu senken, gegenwärtig nicht umsetzen. Unser Ziel ist es jedoch, die Belastung für die kreisangehörigen Kommunen stabil zu halten und größtmögliche Rücksicht auf die finanzielle Situation der Kommunen zu nehmen.

Hierzu müssen wir auch eine ständige und grundlegende Aufgaben- und Ausgabenkritik mit dem Ziel einer sparsamen und zugleich wirtschaftlichen Haushaltsführung durchführen sowie Verwaltungsabläufe ständig auf Effizienz hinterfragen und den Personalbestand auf Angemessenheit überprüfen. Die dauerhafte Schaffung von neuen Stellen werden wir nach Möglichkeit durch Wegfall in anderen Sachbereichen kompensieren. Auch eine gründliche Planung von Investitionsvorhaben sowie eine umfassende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die nach Möglichkeit mehrere Alternativen bewertet und auch die Folgekosten berücksichtigt, müssen vor der finalen Beschlussfassung durchgeführt werden. Zudem werden wir alle Verträge des Landkreises mit externen Dienstleistern sukzessive im Hinblick auf Effizienz, Zielerreichung und mögliche Einsparpotentiale prüfen. Die Eigenbetriebe und Beteiligungen werden regelmäßig auf Erfüllung ihres Betriebszwecks überprüft. Das Controlling und die Projektsteuerung sollen weiter ausgebaut werden, um wirtschaftliches und bürgerorientiertes Verwaltungshandeln weiterzuentwickeln und die Verwaltungsstrukturen zu optimieren – auch in Bezug auf Eigenbetriebe und Beteiligungen.

Wir wollen, dass der Landkreis sich gegenüber den kreisangehörigen Kommunen als Akteur, Moderator und Unterstützer versteht und damit auch bisherige Aktivitäten zur interkommunalen Zusammenarbeit z.B. in den Bereichen IT-Sicherheit, Geodateninfrastruktur, Breitbandversorgung oder Brandschutz fortgesetzt und deutlich erweitert werden, um finanziellen Aufwand zu reduzieren und die Qualität der Arbeitsergebnisse zu steigern. Hierbei ist die Schaffung einer zentralen Stelle für die Akquise und Beantragung von Fördermitteln zu prüfen.

Bei allem Spardruck gilt: Eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet für uns gerade nicht, zentrale soziale Projekte mit präventivem Charakter abzubauen. Einsparungen bei präventiven sozialen und jugendpolitischen Projekten würden zu weitaus höheren Folgekosten führen, wären nicht wirtschaftlich und würden vor allem unserer grundsätzlichen Vorstellung von sozialer Verantwortung widersprechen.

2. Verwaltung

Eine moderne Verwaltung ist ein effektiver Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir für effektive Verwaltungsstrukturen, eine gute Ausstattung und eine Verbesserung der Nachwuchsgewinnung in der Verwaltung sorgen. Wir wollen die Organisations- und Leitungsstrukturen der Ämter überprüfen und straffen.

Die Kreisverwaltung steht angesichts des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern muss sie als attraktiver und leistungsfähiger Arbeitgeber wahrgenommen werden. Wir werden uns deshalb für ein umfassendes Nachwuchsgewinnungskonzept einsetzen, mit dem Ziel mehr Nachwuchskräfte für unsere Kreisverwaltung zu gewinnen und sie auch dauerhaft im Dienst des Landkreises zu halten. Hierzu werden wir unter anderem prüfen, mehr Nachwuchskräften ein duales Studium an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung zu ermöglichen und die Verbeamtung auf Widerruf wieder einzuführen. Gleichzeitig werden wir die Besoldung/Eingruppierung für Nachwuchskräfte auch mit Blick auf andere öffentliche Arbeitgeber in der Region überprüfen. Das interne Nachwuchsförderprogramm ist zu evaluieren und ggf. anzupassen.

Im Rahmen der Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung werden wir auch alternative Formen des Arbeitens verstärkt in den Blick nehmen (Telearbeit, mobiles Arbeiten, „Homeoffice“) sowie die Mehrfach-Nutzung von Arbeitsplätzen von Teilzeitkräften, gerade bei Homeoffice („dual use“), verbessern und so die räumliche Situation in der Kreisverwaltung optimieren.

Wir beabsichtigen auch, verwaltungsinterne Umstrukturierungen vorzunehmen. So soll etwa die Kreisvolkshochschule dem Fachdienst „Schule“ zugeordnet werden. Die Bauunterhaltung ist aus dem Servicebetrieb in die Kreisverwaltung zurückzuführen. Wir werden zudem die Wiedereingliederung des gesamten Servicebetriebs in die Kreisverwaltung prüfen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass sich die Beschäftigung eigener Kräfte bewährt hat.

3. Digitalisierung und digitale Infrastruktur

Eine leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor. Durch die Corona-Pandemie haben wir deutlich erfahren, welche Potentiale digitale Anwendungen im Beruf, in den Schulen oder im Privatleben haben können. Gleichzeitig haben wir jedoch auch gesehen, dass wir noch nicht überall die notwendigen technischen Voraussetzungen haben, um alle Chancen der Digitalisierung nutzen zu können.

Wir brauchen eine leistungsfähige und flächendeckende Breitbandversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen in unserem Landkreis. Um auch

für die Bandbreiten der Zukunft gut aufgestellt zu sein und Versorgungslücken zu verhindern, werden wir deshalb mit der Breitband Gießen GmbH und in enger Abstimmung mit den Kommunen die Glasfaserstrategie für den Glasfaserausbau in FTTH-Standard für unseren Landkreis weiterentwickeln und umsetzen.

Der Ausbau der notwendigen Infrastruktur für schnelles Internet darf nicht auf stationäre Angebote beschränkt bleiben, sondern muss auch das mobile Internet umfassen. Wir werden deshalb die Schließung von Funklöchern und den Ausbau flächendeckender und leistungsfähiger mobiler Datennetze auf 5G-Standard unterstützen. An Förderprogrammen werden wir uns frühestmöglich beteiligen.

Für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung ist der zügige Ausbau einer digitalen Verwaltungsinfrastruktur unerlässlich. Wir wollen alle Chancen im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung nutzen, um die online verfügbaren Verwaltungsdienstleistungen zügig auszubauen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeits- und Kommunikationsmittel zur Verfügung zu stellen, Wartezeiten und Behördengänge zu reduzieren und schnelle und sachgerechte Entscheidungen sicherzustellen. Wir streben eine papierlose Verwaltung an, die technisch und personell in der Lage ist, elektronische Anträge ohne Medienbruch zu bearbeiten und zu beantworten. Hierfür ist die Beschleunigung der Einführung der E-Akte unerlässlich.

Für die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen in der Kreisverwaltung zur Erarbeitung und Umsetzung einer digitalen Agenda werden wir bedarfsorientiert auch zusätzliches Personal einplanen und uns auf dem Weg zu einer modernen und bürgerfreundlichen Verwaltung auch der Zuhilfenahme externer Berater und Dienstleister bedienen. Durch Einstellung entsprechender Finanzmittel in den Kreishaushalt werden wir die Digitalisierung der Verwaltung beschleunigen und in diesem Zusammenhang auch darauf hinwirken, die Umsetzung des OZG vollumfänglich und so schnell wie möglich zu realisieren. Zudem hat für uns die Schulung und Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im Rahmen der Digitalisierung eine hohe Priorität.

Wir werden den Bürgerservice durch konkrete Maßnahmen im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung verbessern. Hierzu zählen etwa die Ausweitung der Online-Terminreservierung in der Kreisverwaltung, die Schaffung von WLAN-Hotspots in allen Kreisliegenschaften mit Publikumsverkehr und die Überarbeitung des Internetauftritts des Landkreises. Wir werden hierfür zeitnah eine neue, zeitgemäße und benutzerfreundliche Internetpräsenz zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang wird auch die Einführung eines Online-Ideen- und Beschwerdemanagement-Systems und einer Online-Plattform für digitale Bürgerbeteiligung umgesetzt. Zusätzlich werden wir eine benutzerfreundliche „Landkreis-App“ mit allen digitalen Angeboten des Landkreises Gießen zur Verfügung stellen.

Neben der Verbesserung des digitalen Bürgerservice werden wir außerdem den telefonischen Bürgerservice der Kreisverwaltung optimieren.

Unseren Kommunen wollen wir beim Übergang von der analogen zur digitalen Verwaltung unterstützend zur Seite stehen und dabei die Zusammenarbeit zwischen der Kreisverwaltung und den Gemeinden weiter fördern.

4. Umwelt-, Klima- und Naturschutz

Die Koalition möchte den Umwelt-, Klima- und Naturschutz sowie den Erhalt der Artenvielfalt im Landkreis Gießen durch gezielte Maßnahmen voranbringen. Damit wollen wir unsere Natur und Umwelt sowie unsere natürlichen Lebensgrundlagen auch für nachfolgende Generationen erhalten.

Klimaschutz

Die Koalitionspartner verfolgen die Ziele des Pariser Klimaabkommens und bringen Maßnahmen auf den Weg, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir wollen unter Beteiligung der heimischen Wirtschaft, Einrichtungen und Kommunen das Klimaschutzkonzept mit einem Stufenplan weiterentwickeln und den CO₂-Abdruck, etwa bei kreiseigenen Liegenschaften und dem Fuhrpark, deutlich reduzieren. Dafür werden wir Analysen der Energieverbräuche und Einsparpotenziale der kreiseigenen Gebäude nach aktuellen und einheitlichen Standards durchführen lassen. Ein regelmäßiges Monitoring soll die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfen und ein Nachjustieren ermöglichen. Um Folgewirkungen für Natur und Klima zu betrachten, werden wir bei allen Entscheidungen des Kreistags eine Nachhaltigkeitsprüfung durchführen.

Wir werden die Beratungsangebote zum Klimaschutz für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen ausbauen und eine bessere Beratung zur Inanspruchnahme von Landes- und Bundesprogrammen anbieten.

Die Koalition vereinbart weiterhin, dass:

- Unternehmen und Privatpersonen bei der Umsetzung von Projekten für die Gewinnung erneuerbarer Energien im Rahmen der Energieberatung unterstützt werden.
- Bürgerenergieprojekte, die die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gemeinden an Windenergie- oder Photovoltaikprojekten beteiligen, beratend unterstützt werden.
- Nahwärmeinseln rund um die kreiseigenen Liegenschaften gemeinsam mit den Kommunen realisiert werden sollen.
- Der seit 2015 existierende Klimabonus für die Kosten der Unterkunft offensiv beworben wird.

- Die Förderung über die SWS GmbH sich künftig verstärkt an der innerörtlichen Entwicklung unter Berücksichtigung energetischer Standards orientieren soll.
- Alternative Antriebsmodelle, etwa durch den Ausbau der Ladenetze für Elektromobilität, insbesondere der Schnelllade-Infrastruktur, vorangetrieben werden sollen.
- Der Einsatz alternativer Antriebssysteme – insbesondere auch Wasserstofftechnologie – im ÖPNV in enger Abstimmung mit dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe geprüft und weiter erprobt werden soll.

Herzstück einer neuen, offensiven Klimapolitik soll das Klimageld werden, mit dem ergänzend zur bestehenden staatlichen Förderkulisse die Erreichung unserer Klimaziele unterstützt werden soll. Das Klimageld soll technologieoffen und unbürokratisch ausgezahlt werden. Der Förderschwerpunkt wird auf dem kleinen Hausbesitz (Wohngebäude mit bis zu vier Wohnungen) liegen.

Fördergegenstand wird die Energieeinsparung bei der Erzeugung von Wärme und Trinkwarmwasser und Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien sein. Maßstab der Förderung sollen nicht die Investitionskosten, sondern die eingesparten Tonnen CO₂ im Vergleich zum vorherigen Standard sein. So wird garantiert, dass die klimafreundlichste Lösung die höchste Förderung beanspruchen kann.

Die Förderrichtlinie für das Klimageld wird die eingesparte Tonne CO₂ und die Dauer des wirtschaftlichen Betriebs einer Anlage oder Maßnahme berücksichtigen, und danach berechnet werden. Die Koalitionspartner setzen sich zum Ziel, in diesem Wärmesektor in den kommenden 5 Jahren eine deutliche CO₂-Reduktion zu erreichen und stellen hierfür angemessene Fördermittel zur Verfügung.

Alle Neubauten des Landkreises werden in Zukunft mindestens im Passivhausstandard errichtet, Sanierungen sollen einen vergleichbaren Standard erreichen. Alle Schuldächer sollen mit Solaranlagen und die Schulen mit Speichertechnologie ausgestattet werden. Dachflächen, die im Rahmen des Neubaus oder der Sanierung nicht mit Solartechnik ausgestattet werden können, sollen möglichst begrünt werden.

Umwelt- und Naturschutz

Naturschutz bedeutet, Natur und Landschaft als Lebensgrundlagen des Menschen zu erhalten. Der Erhalt der Biodiversität ist für uns Menschen genauso wichtig wie der Klimaschutz.

Die Koalition sieht in der Landschaftspflegevereinigung eine wichtige Partnerin im Naturschutz. Sie wird weiterhin im bisherigen Umfang für die Maßnahmen, die die LPV umsetzt (Streuobst, Ausweisung von geschützten Landschaftsbestandteilen, etc.), ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen. Das Förderprogramm zur

Neupflanzung und Pflege von Streuobstbäumen wird ebenso wie die Anstrengungen zur Obstvermarktung fortgeführt.

Gemeinsam mit den Landkreisen Wetterau und Main-Kinzig hat der Landkreis Gießen begonnen, ein groß angelegtes Projekt im Auenschutz umzusetzen. Die Koalition unterstützt dieses Projekt. Bei dem „Auenverbund Wetterau“, dem wichtigsten Schutzgebiet in unserer Region, will die Koalition dafür sorgen, dass es erhalten wird. Dazu sollen die Einkommen der Landwirte bei einer naturgemäßen Bewirtschaftung verbessert werden. Wir streben die Ausweitung des Gebietes auf die Oberläufe von Horloff und Wetter an.

Die Koalition unterstützt die Unteren Naturschutzbehörde (UNB), damit die aufgenommene Arbeit fortgeführt werden kann und mit möglichst vielen Gemeinden Verträge über die Abarbeitung der Defizite im Sinne des Naturschutzes geschlossen werden.

Die Kreisvolkshochschule soll einen Fachbereich Umwelt/Naturschutz erhalten und dadurch die Umweltbildungsarbeit in Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren und vorhandenen Strukturen, etwa dem Holz- und Technikmuseum und Naturschutzvereinen verstärken.

Der Landkreis Gießen wird Mitglied der „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“. Der Fachdienst Wasser- und Bodenschutz setzt sich verstärkt für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in den Gemeinden ein.

Wir wollen einen naturverträglichen Tourismus. Der Landkreis soll mit der Ausweisung und Bewerbung von Premium-Wanderwegen den Menschen den Zugang zur Natur erleichtern. Weiterhin setzen wir uns für einen Ausbau der Besucherlenkung und eine bessere Aufklärung ein

Biodiversität

Der Verlust an Biodiversität ist neben dem Klimawandel eines der größten Probleme der Menschheit. Um der Biodiversitätskrise entgegenzuwirken, werden künftig deutlich mehr Finanzmittel für diesen Bereich im Kreishaushalt eingestellt.

Bestehende Biodiversitäts-Arbeitsgruppen (z.B. Streuobst und Feldwege) werden weiterhin von der UNB unterstützt. Weiterhin soll die UNB im Bereich der Vernetzung von Ehrenamt sowie als Akteur und Moderator verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Grundsätzlich steht die Koalition für eine strukturell und personell gut ausgestattete UNB.

Auf lokaler Ebene werden wir die Anlage von Bienenweiden und Blühpflanzen für Insekten auf Wiesen, öffentlichen Grünflächen, Firmengeländen und an

Straßenrändern sowie die Schaffung von Nistmöglichkeiten für Wildbienen unterstützen, Maßnahmen gegen Varroa-Milben und andere Bienenkrankheiten ergreifen, eine Aufklärungskampagne für bienenfreundliches Verhalten starten sowie Neuimkerinnen und Neuimker fördern.

Wir wollen sensible Bereiche vor den Großplanungen für Gewerbegebiete der Regionalversammlung schützen.

Land-, Forstwirtschaft und Jagd

Der Landwirtschaft gebührt Anerkennung, dass sie uns ernährt und Arbeitsplätze auf dem Land schafft. Die Koalition möchte die Landwirtschaft unterstützen und eine ökologischere Ausrichtung fördern. Nachhaltige Entwicklung kann nur mit unseren heimischen Landwirten und nicht gegen sie erfolgen. Wir werden einen „Runden Tisch Landwirtschaft“ einberufen, um mit Verbänden und Landwirten Fragestellungen im Zusammenhang mit Umweltschutz und regionaler Vermarktung zu erörtern. Gemeinsam mit der Landwirtschaft, Weidetierhaltern und den Jägerinnen und Jägern möchten wir auch neue Herausforderungen, die durch die Rückkehr von Wolf, Luchs und Biber in unsere Agrarlandschaften entstehen, im Dialog lösen. Die Koalition wird als konkrete Unterstützungsmaßnahme ein zusätzliches Förderprogramm für den Herdenschutz auflegen, das die Landesprogramme ergänzt.

Als konkrete Unterstützung unserer heimischen Landwirte möchten wir zudem ein stärkeres Bewusstsein für regionale Produkte und gesunde Ernährung schaffen. Hierbei gilt es vor allem, junge Menschen durch entsprechende Kampagnen im Rahmen der Gesundheitsförderung an den Schulen verstärkt zu sensibilisieren. Weiterhin wollen wir den Auf- und Ausbau der örtlichen Direktvermarktungsstrukturen fördern.

Der Landkreis Gießen ist mit dem Lahn-Dill-Kreis Ökomodellregion des Landes Hessen. Hier erhalten Bäuerinnen und Bauern Hilfe bei der Umstellung von konventioneller auf ökologische Bewirtschaftung. Die Ökomodellregion Gießen/ Lahn-Dill unterstützt die Vermarktung in der Region erzeugter Lebensmittel auch bei den regionalen Caterern, um sie auf diese Weise in die Schulküchen zu bringen. Diese Aktivitäten wollen wir in den kommenden Jahren stärker voranbringen.

Die Koalition will kleine regionale Schlachthöfe fördern, die sich einem hohen Tierschutzstandard verpflichten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Förderung der Weideschlachtung. Wir wollen eine unbürokratische Genehmigungspraxis unterstützen und uns auf allen Ebenen politisch dafür einsetzen, diese Art der Schlachtung möglichst vielen Schlachtbetrieben und Bäuerinnen und Bauern zu ermöglichen.

Unsere heimische Jägerschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung eines angepassten und gesunden Wildbestandes. Durch das Vordringen der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland stehen wir vor großen Herausforderungen, die wir nur durch aktive Unterstützung der Jägerschaft bei den Präventionsmaßnahmen bewältigen können. Zur Unterstützung der Jägerinnen und Jäger wird der Landkreis weiterhin auf die Erhebung der Jagdsteuer und die Erhebung von Gebühren für die Trichinenproben-Untersuchung verzichten.

Der Zustand unserer Wälder ist aufgrund des Klimawandels, einer zunehmenden Trockenheit sowie des Borkenkäferbefalls angespannt. Wir werden daher gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern Initiativen zur Wiederaufforstung und zur Pflanzung von Setzlingen unterstützen.

Die heimischen Wildtiere, wie das Rot- und Rehwild sind ein elementarer Bestandteil der Biodiversität. Wir setzen uns dafür ein, mit allen beteiligten Akteuren aus Land- und Forstwirtschaft, den Erholungssuchenden, dem Tourismus und den Jägerinnen und Jägern Konzepte zu entwickeln, die den Tieren in Ruhezeiten eine ungestörte Nahrungsaufnahme gewährleisten und damit dem Wildverbiss bei jungen Bäumen vorbeugen. Hierfür werden wir unter Einbindung aller Akteure als Kommunikationsplattform ein „Forum Wald“ einberufen.

Tier- und Artenschutz

Die Koalition wird das Veterinäramt des Kreises unterstützen, alle rechtlich gebotenen Aufgaben zu erfüllen und darüber hinaus weitere präventive Tierschutzaufgaben zu übernehmen, die Tierleiden verhindern. Es soll für eine ausreichende Ausstattung an Personal und Finanzmitteln gesorgt werden, die sich an einer qualitativ hochwertigen Aufgabenerfüllung orientiert. Eine enge Abstimmung von Betriebskontrollen zwischen den einzelnen Fachdiensten sowie mit dem Regierungspräsidium Mittelhessen und mit dem Amt für den ländlichen Raum ist sicherzustellen.

Wir wollen sicherstellen, dass das Kreisveterinäramt stärker als bisher Tiertransporte überprüft. In enger Vernetzung mit den Veterinärämtern der Nachbarkreise und in enger Zusammenarbeit mit der Polizei sollen alle Bundesautobahnen und Landstraßen des Landkreises in gebotenem Maße, regelmäßig kontrolliert werden.

Der Landkreis Gießen wird Kommunen dabei unterstützen, rechtssichere Verbote zu erlassen, die das Gastieren von Zirkussen mit den in der Bundesratsinitiative 565/11 genannten Wildtierarten verhindern.

Der Kreistag hat die Bereitschaft erklärt, sich für eine Wildtierklinik zu engagieren. Die Koalitionspartner werden diese Finanzmittel verstetigen damit der Aufbau und die Entwicklung einer Wildtierklinik etabliert werden kann.

Abfallwirtschaft

Die Reduzierung der Restmüllmenge ist oberstes Ziel. Es gilt die Reihenfolge Vermeiden, Wiederverwenden, Verwerten, Beseitigen. Durch mehr Abfallberatung an Schulen wollen wir künftig wesentlich mehr Umweltbewusstsein bilden. Die Gewerbeabfallberatung durch den Landkreis ist beizubehalten bzw. auszubauen. Die kostenlose Abfallwirtschaftszeitschrift KommPost soll beibehalten und durch ein Angebot in den sozialen Medien ergänzt werden. Die Abfallberatung wollen wir so ausrichten, dass alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden.

Ein wichtiger Baustein für die Getrenntsammlung im Landkreis ist das flächendeckend aufgebaute Netz von kommunalen Wertstoffhöfen. Unser Ziel ist es, das Angebot der Wertstoffhöfe zu erweitern und die kostenfreie Abgabe von Wertstoffen auszubauen.

Derzeit wird der Restmüll des Landkreises Gießen in der Müllverbrennungsanlage Frankfurt entsorgt. Die Entsorgungsverträge für Restmüll müssen neu ausgeschrieben werden, weil sie 2022 auslaufen. Wir werden den Ausschreibungsprozess möglichst transparent gestalten. Die wichtigsten Ausschreibungskomponenten neben den Finanzen müssen die Umweltstandards sein.

Bei künftigen Ausschreibungen zur Entsorgung verschiedener Abfallarten soll geprüft werden, ob der Landkreis mit benachbarten Kreisen ähnlich wie bei der Altpapiervermarktung zusammenarbeiten kann. Das kann zu besseren Marktpreisen führen. Auch Innovationen in der Abfallwirtschaft lassen sich interkommunal besser umsetzen.

Als Ergänzung zur Kompostierungsanlage in Rabenau soll eine Bioabfallvergärungsanlage nach vertiefter Prüfung am gleichen Standort möglichst realisiert werden. Für die kreiseigenen Deponien wollen wir eine zügige Endabdichtung und die Nutzung der Gelände für Erneuerbare Energien (Freiflächenphotovoltaik).

Die Forschungspotenziale der Gießener Hochschulen wollen wir nutzen, um Innovationen in der Abfallwirtschaft zu erarbeiten.

5. Wirtschaft und Arbeit

Der Landkreis Gießen hat aufgrund seiner zentralen und verkehrsgünstigen Lage, den beiden forschungsstarken Gießener Hochschulen sowie zahlreicher innovativer und weltweit erfolgreicher Unternehmen gute Ausgangsvoraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Gerade jetzt, wo die Corona-Pandemie auch in unserem Landkreis tiefe Spuren hinterlässt, müssen wir wirtschaftliche Perspektiven eröffnen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse zu ermöglichen.

Wirtschafts- und Innovationsförderung

Wir wollen den Landkreis Gießen zu einer innovativen und nachhaltigen Wirtschafts- und Wissensregion weiterentwickeln. Die Standortvorteile unseres Landkreises müssen wir mit einer klugen Standortpolitik gemeinsam mit den Wirtschaftsakteuren in unserer Region besser nutzen, um für unseren Landkreis neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Damit wollen wir die Voraussetzungen für die Sicherung bestehender und die Entstehung neuer wohnortnaher Arbeitsplätze schaffen sowie unsere heimische Wirtschaft in den anstehenden Transformationsprozessen in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung unterstützen.

Gerade in der aktuellen Corona-Krise durchleben viele Unternehmen und Selbstständige eine schwere Zeit. Auch wenn die umfassenden Hilfsprogramme des Bundes und des Landes Hessen viele Arbeitsplätze sichern konnten, werden uns in den kommenden Jahren die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stark fordern. Wir stehen dabei für eine aktive und verlässliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie dafür, dass zu einem späteren Zeitpunkt die heute wichtigen Liquiditätshilfen durch Maßnahmen der Investitionsförderung abgelöst werden, die die Zukunft der durch die Pandemie bedrohten Branchen sichern sollen.

Um seitens des Landkreises beste wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, bedarf es einer strategischen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Wir streben dazu die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft an. Mit der Neuorganisation der Wirtschaftsförderung soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden und eine Bündelung sowie Verstärkung der Beratung von Unternehmen, Existenzgründern, des Fördermanagements und der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung mit Kommunen, Kammern, Schulen, Hochschulen und weiteren Wirtschaftsakteuren verbunden sein. Wir müssen uns – auch im Wettbewerb mit anderen Regionen in Hessen und Deutschland – professioneller aufstellen und mit einer gezielten Standortpolitik langfristige strategische Ziele verfolgen. Auch wollen wir das Standortprofil des Landkreises durch Netzwerk- und Clusterbildung schärfen. Neben der Ansiedlung von neuen Unternehmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze soll die Wirtschaftsförderung des Landkreises künftig zuständig sein für Initiativen zum Erhalt von Unternehmensstandorten, die Unterstützung von Unternehmen bei Erweiterungen und der Suche nach neuen Standorten innerhalb des Landkreises, bei der Unterstützung einer geregelten Unternehmensnachfolge sowie im Bereich der Gründungs- und Innovationsförderung. Die Zusammenarbeit mit der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH, der Hessen Agentur GmbH und der FrankfurtRheinMain GmbH wollen wir fortzusetzen und intensivieren.

Darüber hinaus soll die Wirtschaftsförderung des Landkreises für die Fördermittelberatung zuständig sein sowie die Funktion eines Behördenlotsen übernehmen. Ferner streben wir eine Verbesserung des Technologie- und

Wissenstransfers in Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität und der Technischen Hochschule Mittelhessen an und wollen durch die Schaffung eines „Runden Tisches Fachkräfte und Studienabsolventen“ eine bessere Vernetzung von Schulen, Hochschulen und Unternehmen ermöglichen. Die Zusammenarbeit des Landkreises mit den Gießener Hochschulen im Bereich der Innovationsförderung soll intensiviert werden, um Innovationen aus Forschung und Lehre in marktreife Produkte und Unternehmensgründungen zu überführen. Das Technologie- und Innovationszentrum wollen wir als Gründerzentrum stärken und seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verbessern.

Um Best-Practice in unserem Landkreis hervorzuheben und andere Unternehmen zu inspirieren, werden wir außerdem einen Gründerpreis sowie einen Preis für Innovationen im Handwerk und in kleinen und mittleren Unternehmen ausloben. Hiermit wollen wir auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und potentieller Unternehmensgründer schärfen.

Berufsorientierung und Ausbildungsförderung

Die Berufsorientierung und Ausbildungsförderung im Landkreis Gießen wollen wir ausbauen. In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Kreishandwerkerschaft streben wir eine Intensivierung der Berufsberatung sowie der Berufsorientierung an den Schulen an. Die für Angebote der Berufsberatung und Berufsorientierung im Haushalt 2021 eingestellten Haushaltsmittel sind zu verstetigen und bedarfsgemäß anzupassen. Da Berufsorientierung unter anderem während der Schulzeit und in den Schulen stattfindet, sollen die Schulen seitens des Landkreises z.B. durch Etablierung von Vernetzungsmöglichkeiten unterstützt werden. Durch regionale Bildungskonzeptionen mit dem heimischen Handwerk und mit den Gießener Hochschulen soll eine gleichwertige Förderung allgemeiner und beruflicher Bildung, aber auch arbeitsmarktnahe Bildungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote erreicht werden. Hierdurch wird das Potential im handwerklichen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt auch für bildungsferne Absolventinnen und Absolventen genutzt.

Die Koalition unterstützt die Partnerschaft zwischen regionalem Handwerk, Handel und Industrie, insbesondere im Bereich der Berufsbild-Entwicklung, des Wissenstransfers und der Fachkräftesicherung. Zudem setzt sich die Koalition für eine bessere Unterstützung beim Übergang von inklusiv beschulten Jugendlichen in eine Ausbildung oder Berufsvorbereitung ein.

Arbeitsmarktintegration

Die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt sowie die Ausbildungsförderung sind entscheidend, um Menschen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Durch die Corona-Pandemie ist ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und größere Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zu befürchten, sodass mit gezielten Maßnahmen gegengesteuert werden muss. Wir wollen deshalb die Effizienz der bisherigen Instrumente zur

Integration in den Arbeitsmarkt und zur Ausbildungsförderung von Landkreis, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, ZAUG und anderen Trägern überprüfen und bedarfsgerecht anpassen. Wir suchen zudem eine verbesserte Koordination mit dem Landeswohlfahrtsverband bei dem Hessischen Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Ausbildungschancen schwerbehinderter Menschen (HePAS) und dem Integrationsamt.

6. Infrastruktur und Mobilität

Eine der Herausforderungen der Zukunft ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse und gute Entwicklungsperspektiven sowohl für die städtisch als auch für die ländlich geprägten Teile in unserem Landkreis zu schaffen. Wesentlich hierfür ist eine gut ausgebaute Infrastruktur im gesamten Landkreis Gießen. Um den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sowie unserer heimischen Wirtschaft Rechnung zu tragen, braucht der Landkreis Gießen sowohl einen leistungsfähigen und flexiblen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als auch ein zukunftsfähiges und intaktes Straßen- und Radwegenetz.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Wohnortnahe Arbeitsplätze, verlässliche Betreuungsangebote vor Ort, gut ausgebaute Sportstätten und ein starkes Ehrenamt bilden die Grundlage für die Lebensqualität unseres Landkreises, die wir erhalten und aktiv fördern werden. Wir benötigen ein besseres Miteinander von Stadt und Land und eine besondere Förderung der ländlichen Regionen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir eine gute Breitband- und Nahversorgung und den flächendeckenden Breitbandausbau realisieren. Auch im Hinblick auf die ärztliche Versorgung, die verkehrliche Anbindung – insbesondere durch den ÖPNV – und in Bezug auf wohnortnahe Bildungs- und Erziehungseinrichtungen dürfen die ländlichen Gebiete nicht gegenüber den Städten zurückfallen. Wir werden die Erreichbarkeit von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten in der Fläche sicherstellen, etwa durch den Erhalt kleiner Schulstandorte und durch ein verbessertes Angebot von Kursen der Kreisvolkshochschule in unseren Kreisgemeinden.

Wir wollen den ländlichen Raum attraktiv für junge Menschen machen. Hierzu werden wir die Schaffung wohnortnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze durch die Wirtschaftsförderung des Landkreises fördern. Interkommunale Gewerbegebiete und sinnvolle Konzepte zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum können einen positiven Beitrag zur Kreisentwicklung in den nächsten Jahren leisten und sollen deshalb forciert werden.

Kreisstraßen und Radwege

Vor dem Hintergrund der ländlichen Strukturen unseres Landkreises bekennen wir uns zu der damit verbundenen Notwendigkeit des Individualverkehrs. Uns leitet die

Überzeugung, dass jede Fortbewegungsform aufgrund regionaler Gegebenheiten und der persönlichen Freiheiten ihre Berechtigung hat.

Um dauerhafte Schäden und hohe Folgekosten für grundhafte Erneuerungen an den Kreisstraßen zu vermeiden, planen wir ein Investitionsprogramm zur Unterhaltung und Instandsetzung unserer Kreisstraßen und zur Förderung des Radwegebaus. Hierzu werden wir in den kommenden Haushalten mehr Mittel bereitstellen – verbunden mit einer transparenten Prioritätenliste.

In Bezug auf die Sanierung der K394 möchte die Koalition ergebnisoffen innerhalb einer Jahresfrist alle zur Verfügung stehenden Optionen unter enger Einbindung der betroffenen Kommunen sowie von HessenForst überprüfen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass bis zum Abschluss der Prüfung keine Maßnahmen eingeleitet werden, die der ergebnisoffenen Prüfung widersprechen würden.

Gleichzeitig wollen wir den Radverkehr als Teil der Alltagsmobilität fördern und für bequem begehbare Fußwege und ein sicheres Wegenetz für den Radverkehr sorgen. Dieses Wegenetz muss barrierefrei zugänglich sein, weil es häufig von Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind, mitbenutzt wird. Dafür werden wir das Radwegenetz auf der Basis des beschlossenen Radverkehrskonzepts des Landkreises weiter ausbauen. Die Radverkehrskonzepte des Landkreises und der Stadt Gießen sind auf Kompatibilität zu überprüfen und ggf. anzupassen. Bei Baumaßnahmen an den Kreisstraßen ist die Radverkehrsinfrastruktur stets mitzuplanen und entsprechend des Radverkehrskonzepts ein Radweg anzulegen. Bestehende Lücken im Radwegenetz sollen in Kooperation mit den Kommunen geschlossen werden. Der Landkreis wird sich aktiv um Fördermittel zum Ausbau der Radwege bemühen. Hierbei muss auch die Ladeinfrastruktur für E-Bikes mitbedacht werden. Weiterhin wollen wir uns gemeinsam mit den Kommunen dafür einsetzen, an den Bahnhaltedpunkten und zentralen Haltestellen des ÖPNV überdachte Fahrradabstellanlagen einzurichten. Hierbei sind auch bewirtschaftete Fahrradmietboxen (Lang- und Kurzfristmiete) einzubeziehen. An allen Schulen des Landkreises werden wir sichere und hochwertige Fahrradabstellanlagen entsprechend des bereits beschlossenen Konzepts herstellen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der ÖPNV ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und ein wichtiger Bestandteil zur Erreichung der Klimaziele des Landkreises. Wir werden deshalb den ÖPNV attraktiver und flexibler machen, um Anreize für den Umstieg auf Bus und Bahn zu schaffen. Dafür werden wir den Bedienstandard sichern und bedarfsgerecht ausbauen und dabei die Mobilitätsbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen. Der im Herbst 2020 verabschiedete Nahverkehrsplan gibt die Mindestanforderungen an das ÖPNV-Angebot vor. Verbesserungen zu diesem Mindestangebot sollen – nach Möglichkeit auch vorzeitig außerhalb von Ausschreibungszyklen im Rahmen von Zusatzbestellungen – erreicht werden.

Wir werden die Schaffung neuer Schnellbuslinien aus den Kreiskommunen nach Gießen als Ergänzung zu dem bisherigen Angebot hinsichtlich Nutzen und Kosten prüfen. Hierbei ist den besonderen Bedürfnissen des ländlichen Raums Rechnung zu tragen. Wir möchten insbesondere die Schaffung sog. Expressbus-Linien (X-Bus-Linien) durch den RMV forcieren.

Zu einem modernen Verkehrskonzept zählen für uns auch flexible Verkehrslösungen, wie etwa Anrufsammeltaxis, Anruflinientaxis und On-Demand-Verkehre, Bürgerbusse und Carsharing-Modelle, um das Angebot insbesondere in den Morgen- und Abendstunden sowie an den Wochenenden attraktiver zu machen. Hierbei ist auf eine gleichmäßige Bedienung aller Kerngemeinden, insbesondere in den Abendstunden hinzuwirken. Eine Beteiligung an den On-Demand-Projekten des RMV ist zu forcieren. Ein App-gestütztes und einheitliches Buchungssystem für die flexiblen Verkehrslösungen ist in Abstimmung mit dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) anzustreben. Wir streben zudem an, dass Orte, die keinen direkten Bahnanschluss haben, am Wochenende regelmäßig mit dem ÖPNV auch durch Früh- und Spätverbindungen erreichbar sind. Darüber hinaus werden wir uns für bessere und verlässlichere Umsteigmöglichkeiten sowie eine bessere Verknüpfung von ÖPNV und Individualverkehr einsetzen und eine Optimierung der Taktung zwischen Bus- und Bahnverkehr anstreben.

Um die Zusanbindung an das Rhein-Main-Gebiet zu verbessern, muss sich der Landkreis Gießen in den Aufsichtsgremien des RMV mit Nachdruck für eine Verbesserung und mehr schnelle Direktverbindungen nach Frankfurt von den Bahnhöfen Linden und Langgöns in den Hauptverkehrszeiten einsetzen.

Gemäß Hessischem ÖPNV-Gesetz sind die Landkreise, die kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte Aufgabenträger des lokalen ÖPNV. Der Landkreis Gießen hat diese Aufgabenträgerschaft an den ZOV abgegeben. Wir wollen die Kreisgremien dennoch eng in die Erstellung des Nahverkehrsplans einbinden und auch entsprechende Beschlussfassungen frühzeitig herbeiführen. Eine umfassende Beratung der Nahverkehrsplanung soll in der interfraktionellen Arbeitsgruppe erfolgen. Über Vorgehen, Ziele und Finanzierung wird der Landkreis bereits im Vorfeld der Aufstellung des Nahverkehrsplans einbezogen.

Wir werden die Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern in der Region mit dem Ziel intensivieren, kreisüberschreitende Verbindungen besonders im Busverkehr zu verbessern und besser aufeinander abzustimmen. Rechtzeitig, d.h. etwa 2,5 Jahre, vor Ablauf von Linienkonzessionen und anstehenden Neuausschreibungen verständigen sich Landkreis, betroffene Kommunen und Aufgabenträger auf das künftige Angebot. Die Aufgabenträger sollen hierbei verschiedene Szenarien vorlegen,

wie das Angebot verbessert werden kann und welche Kosten dafür entstehen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass bei anstehenden Ausschreibungen von Schienenverkehrsleistungen, die den Landkreis Gießen betreffen, die Interessen des Landkreises frühzeitig beim RMV Berücksichtigung finden.

Um eine bessere Verzahnung des ÖPNV-Angebots zwischen der Universitätsstadt Gießen und dem Landkreis Gießen zu erreichen, soll der Nahverkehrsplan in enger Abstimmung mit der Stadt Gießen erstellt werden. Wir wollen gemeinsam mit der Stadt Gießen intelligente Lösungen für Berufspendler in die Gießener Innenstadt anbieten. Diese sind mit den vorhandenen Stadtbuslinien der Universitätsstadt Gießen abzustimmen und zu vertakten. Als interkommunale Pilotprojekte sind Verlängerungen der Stadtbuslinien in die Nachbargemeinden hinein zu prüfen, die zu den Stoßzeiten eine Alternative für Pendler bieten könnten.

Die Barrierefreiheit im öffentlichen ÖPNV ist eine wichtige Aufgabe. Wir streben deshalb gemeinsam mit den Kommunen den Ausbau barrierefreier Haltestellen an.

Zudem wollen wir mit den Kommunen den Ausbau von Park & Ride Parkplätzen sowie Bike & Ride Stationen vorantreiben und auf eine bessere Verknüpfung der Verkehrsträger hinwirken. Die Verbesserung des Fahrgastkomforts im ÖPNV, etwa durch WLAN in Bus und Bahn, sowie die Verbesserung der Fahrgastinformation an den Haltestellen durch Einsatz moderner Fahrgastinformationssysteme haben für uns ebenfalls eine wichtige Bedeutung.

Den Reaktivierungsprozess von Bahnstrecken (Lumdatalbahn und Horloffthalbahn) wollen wir vorantreiben. Maßgeblich für eine Reaktivierung sowie für den Einstieg in weitere Planungsphasen ist die Förderfähigkeit des Projektes durch den Bund bzw. das Land Hessen. Darüber hinaus sind sich die Koalitionspartner einig, dass die dauerhaften Betriebs- und Unterhaltungskosten für reaktivierte Bahnstrecken nicht durch den Landkreis Gießen bzw. den ZOV getragen werden können, sondern zwingend durch den RMV übernommen werden müssen. Kosten für notwendige Bahnhof-Umfeldmaßnahmen im Rahmen der Reaktivierung sind primär von den anliegenden Kommunen zu tragen.

Der Fahrgastbeirat ist ein wichtiges gemeinsames Gremium des Landkreises und der Stadt Gießen zur Verbesserung des ÖPNV und soll erhalten werden.

7. Schule und Bildung

Bildung ist das Fundament unserer Gesellschaft. Wir wollen Zukunftschancen eröffnen und werden deshalb im Bereich Bildung und Schule einen Schwerpunkt setzen.

Modernisierung und Digitalisierung unserer Schulen

Die Koalition wird die Modernisierung und Digitalisierung der Schulen vorantreiben. Um Bildungschancen für jedes Kind zu eröffnen, soll den Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Ausstattung in einem modernen Lernumfeld geboten werden.

Als Koalition wollen wir die Fortentwicklung des Medienentwicklungsplans im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie für die Schulen unter Einbeziehung der Beteiligten weiterhin gemeinsam mit dem M@us-Zentrum fördern und unsere Schulen bei der Erstellung eines individuellen Medienentwicklungskonzepts weiterhin unterstützen.

Ziel der Koalition ist es, alle Schulen zeitnah an das Glasfasernetz anzuschließen und für die Vernetzung mit LAN sowie W-LAN-Empfang im gesamten Schulgebäude zu sorgen. Gleichzeitig sollen alle Klassen- und Fachräume mit Präsentationsmedien entsprechend einer landkreisweiten Digitalisierungsstrategie ausgestattet werden. Die bedarfsgerechte Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler sowie der dazugehörige Support soll unter Einbeziehung der Schulgemeinde vom Schulträger geleistet werden.

Die Koalition möchte einen kreisweiten digitalen Schulservice aufbauen, der schnell und effizient Lehrkräfte entlastet und eine zukunftssichere Digitalausstattung und Datensicherheit gewährleistet. Deshalb müssen die Stellen für die Wartung der Schul-IT im Zuge der Umsetzung des Medienentwicklungsplans stark aufgestockt werden. Neben dem zentralen Support (online) sollen an den weiterführenden Schulen IT-Supporter des Landkreises ihren Dienstort bekommen. Von dort aus sollen sie die umgebenden kleineren Schulen (Grund- und Förderschulen) mitbetreuen (lokaler Support).

Alle Schulen, die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte haben Zugang zu IServ. Das System erhält vom Land eine Schnittstelle zum Schulportal Hessen und ist zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Die Möglichkeit der Nutzung des kostenfreien Schulportals, der Lernplattform des Landes Hessen, sollte den Schulen im Landkreis Gießen auch als Option angeboten werden.

Die Schulbibliotheken sollen zu modernen Mediatheken entwickelt werden. Die Kooperation von öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken soll unterstützt werden.

Chancen- und Bildungsgerechtigkeit für alle

Für die bestmögliche Vorbereitung auf die Berufswelt sollen soziale, kulturelle sowie interkulturelle Kompetenzen, aber auch Kreativität sowie Gesundheits- und Medienbildung gefördert werden. Wir verfolgen mit unserer Bildungspolitik den Ausbau von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft. Die Koalition macht sich dafür stark, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher Nationalitäten oder kulturellen Wurzeln gleichberechtigt lernen können und bestmöglich gefördert werden. Es gilt, jedes Kind in seinen individuellen Möglichkeiten einzeln zu betrachten und den Elternwunsch im Sinne der Wahlfreiheit zu berücksichtigen. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass

möglichst allen Kindern und Jugendlichen ein breites Angebot an Bildungsabschlüssen offensteht. Die kleinen Schulstandorte sollen getreu dem Motto „Kurze Beine – Kurze Wege“ erhalten bleiben. Auch die Verzahnung von Kita und Schule soll durch den Landkreis gefördert werden. Sofern die Schulgemeinde dies befürwortet, besteht neben der Vorklasse auch die Möglichkeit, das Modell „Flexibler Schulanfang“ an Grundschulen einzurichten, welches eine Einschulung zum Schulhalbjahr sowie das Unterrichten von Schülerinnen und Schülern der 1. und 2. Klasse in jahrgangsgemischten Gruppen ermöglicht.

Sprachliche Förderung als Schlüssel zum Erfolg

Die Koalition sieht zudem einen Schwerpunkt in der Förderung der frühzeitigen sprachlichen Entwicklung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Zur Förderung der Bildungssprache Deutsch sind Lesen und Schreiben Schlüsselqualifikationen für Teilhabe an der heutigen – mehr denn je auf Kommunikation – ausgerichteten Gesellschaft.

Inklusion und Förderschulen

Oberstes Ziel der Beschulung von Schülerinnen und Schüler muss ihre bestmögliche Förderung, die Teilhabe an der Gesellschaft und die Führung eines selbstbestimmten Lebens sein. Jede Schülerin und jeder Schüler ist in seinen Fähigkeiten zu betrachten und der Elternwunsch zu berücksichtigen. Wir treten für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Dabei richten wir uns nach dem Wohlergehen der Kinder. Sowohl die inklusive Beschulung an der allgemeinen Schule als auch die Beschulung an der Förderschule kann je nach Situation des Kindes und Entscheidung der Eltern eine geeignete Form sein. Wir halten deshalb an dem im Hessischen Schulgesetz verankerten grundsätzlichen Wahlrecht der Eltern über den Förderort für ihr Kind – allgemeine Schule oder Förderschule – fest.

Um das Angebot für Eltern von körperbehinderten Kindern oder Hör- und Sehbehinderten, die eine inklusive Beschulung an einer Regelschule wünschen, auszuweiten, soll Inklusion bereits im Schulbau mitgedacht werden. Ebenso sollte eine enge Kooperation mit den landesweiten Förderzentren erfolgen, um bei blinden oder gehörlosen Kindern und Jugendlichen Förderphasen in den entsprechenden landesweiten Zentren in die Beschulung integrieren zu können. Dort wo Schülerinnen und Schüler durch Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter unterstützt werden, streben wir umfassende Poollösungen an. Die Zusammenarbeit von Lehrkräften, weiterem pädagogischen Personal und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern mit den Schulbegleiterinnen und Schulbegleitern wollen wir gezielt unterstützen.

Die Koalition macht sich dafür stark, dass inklusiv beschulte Jugendliche stärker beim Übergang in eine Ausbildung oder Berufsvorbereitung unterstützt werden.

Die Koalition setzt den durch den Kreistag beschlossenen Schulentwicklungsplan mit der durch das Hessische Kultusministerium vorgesehenen Anpassung um. So wird u.a. in dieser Wahlperiode das Hauptgebäude der Gallusschule durch einen Neubau

ersetzt, der die Änderung der Förderschwerpunkte und die steigende Schülerzahl im Bereich geistige Entwicklung berücksichtigt.

Wir wollen darauf achten, dass die Verteilung von Ressourcen und Ausstattung berücksichtigt, welche Herausforderungen an Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen bewältigt werden müssen.

Sozialarbeit an Schulen

Die Koalition will die Sozialarbeit an den Grundschulen weiter bis zum Vollausbau betreiben. Die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams bestehend aus Lehrkräften, sog. UBUS-Kräften (Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte), Erzieherinnen und Erziehern und anderen an der Schule Tätigen ist essentiell. Wir wollen Schulen bei der Etablierung bzw. Stärkung dieser multiprofessionellen Zusammenarbeit aktiv unterstützen. Ebenso wird die Koalition die Evaluation der Schulsozialarbeit fortsetzen, um diese weiterzuentwickeln und zukunftsfähig aufzustellen.

Oberstufengarantie gewährleisten

Die Zusammenarbeit der stadtnahen Gesamtschulen des Landkreises ohne Oberstufe mit Oberstufenschulen der Stadt Gießen soll ausgebaut werden, so dass jedes Kind, das in der 5. Klasse in einer Schule des Landkreises Gießen eingeschult wird, einen sicheren Oberstufenplatz im Landkreis oder in der Stadt Gießen hat. Die Koalition will so die Oberstufengarantie und die Schulwahlfreiheit weiterhin gewährleisten.

Innovation für unsere Schulen von morgen

Im Mittelpunkt aller schulpolitischer Erwägungen wollen wir die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern unterstützen, die Schulgemeinden im Prozess der Schulentwicklung konstruktiv begleiten sowie die demokratische Gestaltung des Schullebens durch Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern unterstützen.

Die Koalition wird zur Förderung der Berufsorientierung in Schulen und der Ausbildungsförderung eine stärkere Vernetzung mit Stiftungen, Vereinen, der IHK und der Kreishandwerkerschaft sowie weiteren Partnern anstreben.

Die Koalition wird den Natur- und Umweltschutz auch an Schulen fördern. Beispielsweise durch die Unterstützung und Etablierung des Umweltschulen-Konzepts. In diesem Zusammenhang wird auch die Vernetzung mit der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ausgebaut, um z.B. gemeinsame Aktionstage im Bereich Nachhaltigkeit landkreisweit auf den Weg zu bringen.

Die Koalition unterstützt die Entwicklung von pädagogisch durchdachten Konzepten für außerschulische Lernorte im Landkreis Gießen in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt, Institutionen und Vereinen. Zudem fördert die Koalition die Einführung eines Museumsführerscheins für den Landkreis Gießen.

Ganztagsangebote

Beim Ausbau der Ganztagsangebote setzen wir auf die Prinzipien der elterlichen Wahlfreiheit, der Angebotsvielfalt und der Bedarfsorientierung. Die Koalition wird das vielfältige Angebot von ganztägig arbeitenden Schulen und Schulen mit Ganztagsangeboten weiter ausbauen, um die Bildungsentwicklung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Der „Pakt für den Nachmittag“ war und ist hier ein großer Schritt hin zu einem verlässlichen, bedarfsorientierten Schulanangebot für alle Grundschul Kinder. Die Koalition befürwortet das erfolgreiche Zusammenwirken von Land und Schulträgern, um ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot an Grundschulen und Grundstufen an Förderschulen an fünf Tagen in der Woche von 7.30 - 17.00 Uhr sicherzustellen, sowie in den Ferien Bildungs- und Betreuungsangebote zur freiwilligen Teilnahme anzubieten.

Der Koalition ist es wichtig, dass Eltern weiterhin selbst darüber entscheiden können, ob ihr Kind halbtags oder ganztags eine Schule besuchen soll. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, Kulturträgern und anderen Kooperationspartnern sowie Förderung von Vernetzung und Transparenz soll ausgebaut werden. Dadurch können zusätzliche Angebote geschaffen werden, um u.a. die Vereine und andere Initiativen zu stärken. Wenn die Schulgemeinde vor Ort eine Weiterentwicklung zu Profil 3 gemäß der Richtlinie ganztägig arbeitender Schulen anstrebt, wird die Koalition dieses Vorhaben unterstützen.

Damit Ganztagschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten praktikabel sind, müssen sie mit entsprechenden Räumen ausgestattet werden. Deswegen wollen wir Mensen mit ausreichendem Platz. Räume zum Spielen und für Bewegung sind genauso notwendig wie ausreichende Klassenräume. Ruhe- und Entspannungsbereiche sollen hierbei auch mitgedacht werden.

Mittagsverpflegung in Schulen

Immer mehr Schülerinnen und Schüler nehmen ihr Mittagessen in der Schule ein. Mittlerweile wird mindestens ein vegetarisches Gericht angeboten. Die Qualität des Essens schwankt jedoch noch sehr stark. Nur in drei Schulen wird jeden Tag vor Ort frisch gekocht. Wir wollen den Ausbau von Küchen zum Selbstkochen ermöglichen. In den kommenden fünf Jahren wollen wir bei den Ausgabeküchen Essen nach den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Verpflegung in Gemeinschaftseinrichtungen anbieten. Gleichzeitig wollen wir den regionalen und Bio-Anteil der Produkte steigern. Der Preis pro Mittagessen für ein Kind muss dabei im vernünftigen Rahmen bleiben. Schulen, die ihr Angebot an vegetarischem oder veganem Essen ausbauen möchten, werden wir bei diesem Vorhaben unterstützen.

8. Schulbau und Kreisliegenschaften

Gleiche Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler sollen die Grundlage für Entscheidungen sein, welche Baumaßnahmen bei begrenzten Finanzmitteln zuerst erfolgen. Bei Neubaumaßnahmen sollen neue Lernformen ermöglicht werden. Für

deren Umsetzung bedarf es Differenzierungsräume und Lernlandschaften genauso wie bewegungsfreundliche Flure und Lernlabore. Die Koalition ist offen für die pädagogischen Ideen der Schulgemeinde.

Künftige Bauvorhaben wollen wir von vornherein inklusiv denken und planen.

Alle Einrichtungen wollen wir auf Dauer in einem guten Zustand erhalten. Dazu braucht es eine solide finanzielle Ausstattung der Bauunterhaltung.

Grundsätzlich wollen wir bei allen Schulbauvorhaben eine „Planungsphase 0“ voranstellen. Hierbei geht es darum, mit den Schulgemeinden ein Raumprogramm entsprechend dem pädagogischen Konzept der Schule aufzustellen. Grundsätzlich müssen an dieser Planungsphase der Fachdienst Bauen und der Fachdienst Schule beteiligt werden, bei größeren Bauvorhaben auch Planerinnen und Planern.

Schulhöfe in Lebensraum umwandeln

Kinder und Jugendliche verbringen heute viel mehr Zeit in der Schule - viele den gesamten Tag. Deswegen müssen Schulhöfe Bewegungsmöglichkeiten bieten, aber auch Verstecke und ruhige Plätze. Wir wollen die Schulhöfe mit altersgerechten Spiel- und Sportmöglichkeiten ausstatten. Schulgärten oder Beete sind ein Ziel.

Kreisliegenschaften

In dieser Wahlperiode ist die Entscheidung zu treffen, ob der Kreis die Liegenschaften in den Rivers weiterhin mieten möchte. Die Kreisverwaltung muss für alle Menschen leicht zu erreichen sein und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten. Wir werden alle zur Verfügung stehenden Optionen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit prüfen.

Das Gebäude der Kreisvolkshochschule wurde vor kurzem saniert. Die Liegenschaft, inkl. des dazugehörigen Gartens für Lern- und Übungsgruppen, soll erhalten bleiben.

Das Gebäude der Kfz-Zulassungsstelle in Gießen gehört dem Landkreis und wurde vor nicht allzu langer Zeit saniert. Die Außenstelle im Ostkreis ist vor kurzem nach Grünberg umgezogen. Der Erhalt von Außenstellen im ländlichen Raum ist wichtig, solange es keine vollständige IT-Lösung als Alternative gibt.

Die Außenstelle des Jugendamtes ist für die Bewohnerinnen und Bewohner des Ost- und Nordkreis wichtig und soll erhalten bleiben.

9. Gesundheit

Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist ein kostbares Gut, welches wir mit all unseren Kräften erhalten und schützen werden. In Anbetracht der Corona-Pandemie ist uns die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung und eines leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienstes präsenter denn je.

Stärkung des Gesundheitsstandortes Landkreis Gießen

Die Koalition möchte das Profil des Landkreises als „Gesundheitsregion“ mit Schwerpunkt auf der medizinischen Lehre und Versorgung mit allen Akteuren im Medizin- und Hochschulbereich weiterentwickeln. Speziell das Universitätsklinikum Gießen Marburg mit seinen über 80 spezialisierten Kliniken und fast 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist einer der größten medizinischen Standorte in Deutschland. Dazu kommen noch kleinere Krankenhäuser, Versorgungszentren, die vielen niedergelassenen Haus- und Fachärzte und vor allem der medizinische universitäre Standort mit Forschung und Lehre, darüber hinaus auch die Technische Hochschule Mittelhessen mit eigenem Fachbereich Gesundheit. Für die Koalition haben gute Rahmenbedingungen für die zahlreichen medizinischen Fachkräfte und ihre Angehörigen sowie für medizinische Unternehmensstrukturen in unserem Landkreis deshalb höchste Priorität.

Zur weiteren Profilierung des Landkreises als Gesundheitsregion werden wir dem Projekt healthcare Mittelhessen beitreten und dieses unterstützen.

Die Koalition möchte dem regionalen Umfeld für Medizin an unserem Gesundheitsstandort eine Stimme geben. Hierzu soll die Lokale Gesundheitskonferenz reaktiviert und der Teilnehmerkreis erweitert werden. Ein Kreis aus Vertreterinnen und Vertreter der Krankenhauslandschaft, der Gesundheitseinrichtungen, der niedergelassen Haus- und Fachärzte, Gesundheitsinstitutionen und Bildungseinrichtungen des Gesundheitswesens sowie weiteren Vertretern soll möglichst direkte Einblicke in die Arbeitssituationen und potentielle Handlungsfelder für die Kreispolitik ermöglichen.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Das Gesundheitsamt unseres Landkreises musste sich in den vergangenen Monaten unerwarteten Herausforderungen stellen und in kürzester Zeit Lösungswege erarbeiten. Über die akuten Pandemiebedingungen hinaus müssen langfristige Maßnahmen ergriffen werden, um einen zukunftsfähigen und modernen öffentlichen Gesundheitsdienst im Landkreis Gießen zu gewährleisten. Dazu sollen die Erkenntnisse der Organisationsuntersuchung und die Erfahrungen während der Pandemie genutzt werden.

Durch die mittlerweile lange Pandemiephase haben sich im Bereich Gesundheit und Gefahrenabwehr viele Erkenntnisse ergeben, die eine Evaluierung der Zuständigkeiten und Schnittstellen in der Verwaltung notwendig machen. Die Koalition möchte eine optimal arbeitsfähige Verwaltungsstruktur, um den Herausforderungen im Gesundheitsbereich zukünftig bestmöglich gerecht zu werden.

Ärztliche Versorgung auf dem Land

Gut erreichbare und flächendeckende medizinische Versorgungsangebote sind für uns, insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, von großer Bedeutung. Wir müssen die Potenziale unserer Region nutzen und allen Menschen im Landkreis Gießen eine wohnortnahe, barrierefreie und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung garantieren. Deshalb fordern wir die Kassenärztliche Vereinigung (KV) auf, ihrer primären Verantwortlichkeit für die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung im gesamten Landkreis nachzukommen und einem drohenden Ärztemangel konsequent entgegenzuwirken. Im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsfürsorge werden wir gemeinsam mit der KV Versorgungslücken im ländlichen Raum entgegentreten. Wir wollen der Schließung bestehender Arztpraxen vorbeugen und zudem Anreize für die Niederlassung von Haus-, Fach- und Zahnärzten sowie für die Übernahme von Arztpraxen, insbesondere im ländlichen Raum, schaffen. Auch das Landarztprogramm des Landes Hessen wollen wir unterstützen und uns, sofern notwendig, daran finanziell beteiligen. Ebenso gilt es, die Zusammenarbeit mit dem Ärztenetz Gießen weiter auszubauen.

Wir befürworten die Schaffung von Gesundheitszentren, die je nach regionalem Bedarf und vorhandenen Strukturen, niedergelassene Arztpraxen, aber auch Apotheken, Sozialstationen, Hebammen- oder Physiotherapiepraxen einschließen. Die Vernetzung zwischen ambulant und stationär, die Kooperation von Ärztezentren mit örtlichen Kliniken, ist zudem auszubauen.

Außerhalb der regulären Sprechzeiten von Hausärztinnen und Hausärzten hat der Ärztliche Bereitschaftsdienst (ÄBD) die Versorgung in unserem Landkreis sicherzustellen. Er soll den Rettungsdienst und die Notaufnahmen unserer Krankenhäuser entlasten. Die Erreichbarkeit des ÄBD muss dringend verbessert werden, denn zunehmende Anfahrsstrecken, längere Wartezeiten auf einen Hausbesuch und eine schwierige telefonische Erreichbarkeit erschweren den Zugang zu dringlicher, medizinischer Versorgung. In Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir eine Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit und die Prüfung digitaler Unterstützungsmaßnahmen erwirken, um eine niederschwellige ärztliche Versorgung auch nachts und am Wochenende zu gewährleisten.

Corona-Folgenbewältigung

Die Koalition beabsichtigt, den Landkreis Gießen zu einer Modellregion für die Corona-Folgenbewältigung zu entwickeln. Hierzu gehören verzahnte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen, sowohl aus dem medizinischen und wissenschaftlichen als auch aus dem sozialen und ökonomischen Bereich.

Wir werden seitens des Gesundheitsamtes in enger Kooperation mit den Kliniken, den Ärztinnen und Ärzten sowie mit den Gießener Hochschulen einen Schwerpunkt auf die

Langzeitfolgen nach einer Corona-Infektion legen und wollen Geschädigten bestmögliche Hilfs- und Therapieangebote in unserem Landkreis ermöglichen.

Auch die vielfältigen bildungs- und sozialpolitischen Herausforderungen infolge der durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bedingten Schulschließungen wollen wir verstärkt in den Blick nehmen und mit konkreten Angeboten für Schülerinnen und Schüler negativen Langzeitfolgen der Corona-Pandemie für unser Bildungssystem entgegenwirken.

Familien mit Kindern sind in besonderer Weise von den Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen. Wir werden deshalb auch hier im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Corona-Folgenbewältigung die Erweiterung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten prüfen.

Die seelische Belastung vieler hat in Pandemiezeiten zugenommen. Der Landkreis Gießen soll durch Einbindung der vorhandenen Kliniken und der niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzte auf psychiatrische Angebote aufmerksam machen. Hier ist insbesondere der Fokus auf niederschwellige Angebote zu legen.

Die Corona-Pandemie hat in besonderer Weise ein Bewusstsein für die Situation in unseren Senioren- und Pflegeheimen und in unseren Krankenhäusern geschaffen. Wir müssen seitens des Landkreises Initiativen unterstützen und aktiv fördern, um dem generellen Pflegekräftemangel auch auf lokaler Ebene entgegenzuwirken. Wir werden uns deshalb für eine Stärkung der Pflegeberufe und auch der medizinischen Assistenzberufe einsetzen, für eine Ausbildung werben und die Ausbildungsträger bestmöglich unterstützen. Die bisherige Berufsbegleitung sowie die Vermittlung von Praktikaplätzen soll intensiviert werden.

Gesundheitsvorsorge im Landkreis Gießen

Der Landkreis soll durch die in seiner Verantwortung liegenden Einrichtungen ein Augenmerk auf die Bedeutung der Gesundheitsvorsorge richten. Dazu gehört ganz wesentlich der Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung, um die Basis für die Planung von Präventions- und Gesundheitsförderungsstrategien zu entwickeln.

Wichtig ist für die Koalition die weitere Unterstützung der im Kreis tätigen Selbsthilfegruppen und ein besseres Beratungsangebot für eine gesundheitsfördernde Lebensweise schon ab dem Kindergartenalter.

Ein weiteres Ziel der Koalition ist es, dem drohenden Hebammenmangel in unserem Landkreis entgegenzuwirken. Wir setzen uns für eine umfassende Betreuung junger Frauen und ihrer Familien ein. Mit Unterstützungsangeboten und der Schaffung einer Vernetzungsstelle für selbstständige Hebammen möchten wir einem drohenden Hebammenmangel frühzeitig begegnen.

Der Schulsanitätsdienst ist mittlerweile in unserer Schullandschaft nicht mehr wegzudenken. In Partnerschaft mit unseren auch im Rettungsdienst und Katastrophenschutz beauftragten Hilfsorganisationen wollen wir die damit verbundenen Nachwuchsgewinnung für das sanitätsdienstliche Ehrenamt unterstützen.

Psychiatrische Versorgung und Suchtprävention

Durch das Bundesteilhabegesetz haben sich die Verantwortlichkeiten für die Versorgungsstrukturen geändert. Wir werden die gesetzliche Verpflichtung, den Betroffenen ein ausreichendes Maß an Hilfs-, Wohn- und Beratungsangeboten im Rahmen einer inklusiven Sozialraumplanung zur Verfügung zu stellen, umsetzen.

Es gibt viele suchtkranke Menschen in allen Gesellschaftsschichten, die unsere Hilfe benötigen. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Angebote im Rahmen der Prävention und der Hilfe für alle Süchtigen weiterhin unterstützt werden. Insbesondere dem Bereich Mediensucht wird noch viel zu wenig Beachtung geschenkt. Gerade Kinder und Jugendliche sind einer besonderen Gefährdung ausgesetzt. Durch die Aussetzung des Präsenzunterrichtes und die Meidung persönlicher Kontakte mussten Kinder und Jugendliche in den letzten Monaten verstärkt auf digitale Kommunikationswege ausweichen. Über die akute Pandemie hinaus gilt es, die daraus resultierenden Entwicklungen zu begleiten und ihnen zu begegnen.

10. Jugend, Familie und Soziales

Gesetzlich verpflichtet steht der Landkreis in der Verantwortung, Menschen in unterschiedlichen Notlagen soziale Sicherheit und eine Perspektive zu geben. Wir setzen uns für Chancengerechtigkeit und ein starkes soziales Miteinander ein, damit alle Menschen in unserem Landkreis am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Kindertagesbetreuung

Wir wollen ein bedarfsgerechtes, differenziertes Betreuungsangebot flächendeckend. Dies gilt besonders für Kinder unter 3 Jahren und für Grundschulkindern. Es bezieht Elternvereine, selbst organisierte Betreuungsformen und Kindertagespflege mit ein. Dafür trägt der Kreis als Träger der Jugendhilfe gemeinsam mit den Kommunen Verantwortung.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung von inklusiven Angeboten in allen Kindertagesstätten, wollen mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Tagesmütter/-väter, vor allem Supervisionsangebote. Die Kindertagespflege wollen wir stärken, bedarfsgerecht ausbauen und die Vergütung der Tagespflegepersonen anpassen.

Die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu „Familienzentren“, in denen die Arbeit von Beratungsstellen, Familienbildung, Kindertagesstätten, Schulen und kommunaler Jugendpflege vernetzt wird, wollen wir verstärkt strukturell unterstützen und die bestehende Förderrichtlinie anpassen.

Wir wollen die Satzung des Jugendamtes dahingehend ändern, dass sachkundige Eltern im Jugendhilfeausschuss und Fachausschuss Kindertagesbetreuung mit beratender Stimme vertreten sind.

Auch wollen wir die Kommunen dabei beraten, duale Ausbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher anzubieten und dafür eintreten, dass die lokalen beruflichen Schulen verstärkt Plätze dafür anbieten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Kinder- und Jugendhilfe

In bestimmten Lebenssituationen können Eltern auf Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder angewiesen sein.

Präventive Hilfen wie die Angebote von „Hallo Welt“ und „Runde Sache“ wollen wir ebenso verstetigen wie die Hebammenversorgung vor Ort. Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe und heilpädagogische Tagesgruppen müssen als Unterstützung für Familien in ausreichendem Umfang und auch im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Daneben benötigen wir differenzierte und integrierende Ansätze sowie erweiterte sozialpolitische Maßnahmen im Rahmen der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben. So ist die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, schulpsychologischem Dienst, Förderschulwesen, Eingliederungshilfe, kommunalen Jugendpflegen, Sozialarbeit an Schulen, beratenden Diensten und freien Trägern weiterhin zu unterstützen. Wir wollen dazu in allen vier Teilräumen dauerhaft „Runde Tische Kinder- und Jugendhilfe“ aufbauen, um die interkommunale und interdisziplinäre Zusammenarbeit dauerhaft zu etablieren. Auch die bestehende gute Zusammenarbeit in der Jugendhilfe von Stadt und Landkreis soll beibehalten werden.

Die Kooperation von Jugendhilfe und Schulen soll durch gemeinsame fachliche Qualifizierung für die multiprofessionelle Arbeit in Schulen z.B. durch gemeinsame Seminare und ein Konzept „Jugendhilfe in Schulen“ verbessert werden.

Dem Thema „verdeckte Kinderarmut“ wollen wir uns zusammen mit Städten und Gemeinden verstärkt widmen. Dazu soll es einen jährlichen Bericht im Kreistag und Jugendhilfeausschuss geben.

Kinderschutz und Gewaltprävention

Auch in Zukunft unterstützt der Landkreis Gießen Schulen und Kitas sowie Fachkräfte in den Vereinen, Verbänden und Jugendhilfeeinrichtungen bei der Erfüllung ihres Schutzauftrages durch Grundqualifizierungen und regelmäßige Fortbildungen. In Leistungsvereinbarungen mit Jugendhilfeeinrichtungen sollen Gewaltpräventionskonzepte besondere Bedeutung gewinnen.

Die Bildung eines Kinderschutzteams zur Entlastung und Unterstützung des Allgemeinen Sozialen Dienstes soll geprüft werden.

Die Frauenhäuser, das Notruftelefon, die Beratungsstellen von Wildwasser und des Kinderschutzbund sowie das Beratungsangebot für sexuell übergriffige Jungen und Mädchen (LIEBIGneun) wollen wir weiter bedarfsgerecht fördern.

Jugendförderung und Jugendbildung

Die bestehende sehr gute Arbeit der Jugendförderung inklusive des Jugendbildungswerkes und der Fachstelle für Demokratie und Toleranz wollen wir fortsetzen. Wir wollen ein Konzept für eine inklusive Jugendförderung in Kooperation mit Kommunen und Interessensverbänden erarbeiten.

Nach Maßgabe des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist die Jugendförderung gehalten, die unterschiedlichen Lebenslagen von Jungen und Mädchen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen zu fördern (§9 Abs.3). Wir wollen diese spezifische Mädchen-/Jungenarbeit durch Jugendamt, Jugendbildungswerk und freie Träger fortsetzen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geht es um gemeinsames Handeln, Planen und Mitentscheiden im Alltag. Hierzu hat der Landkreis in der letzten Wahlperiode ein Grundsatzpapier verabschiedet, das es jetzt zusammen mit den Kommunen umzusetzen gilt. Wir wollen die Kommunen dabei beraten, Kinder und Jugendliche möglichst gut an Prozessen und Vorhaben zu beteiligen, die ihre Interessen berühren; z.B. Kinder- und Jugendbeiräte bzw. -parlamente initiieren sowie Jugendbeauftragte zu benennen.

Wir legen besonderen Wert auf Präventions- und Partizipationskonzepte der Jugendhilfeeinrichtungen sowie deren Überprüfung durch die Heimaufsicht im Zusammenhang mit bestehenden, aber auch neu zu verhandelnden Leistungsvereinbarungen.

Inklusiv und solidarisch – gemeinsam sind wir stark

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der es keine Barrieren gibt und in der jede/r die bestmöglichen Entwicklungschancen bekommt. Umfassende Selbstbestimmung zu ermöglichen, ist Aufgabe von Politik und einer verantwortungsvollen Sozialraumplanung. Wir treten ein für die Weiterführung und Fertigstellung der begonnenen Planungsprozesse „Inklusiver Landkreis Gießen“ sowie „Altenhilfeplanung“ unter externer Begleitung und Beteiligung aller Akteure.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in der Kreisverwaltung wollen wir evaluieren.

Wir unterstützen den begonnenen Aufbau von Angeboten zur Begleiteten Elternschaft, wollen das aufgebaute Beratungsangebot der Frühförderstelle für Familien bis zum Ende der Grundschulzeit verstetigen und die Kompetenz in der Verwaltung für die Beratung von Eltern und Kindern mit Einschränkungen im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) stärken. Darüber hinaus wollen wir einen Ratgeber Inklusion für Eltern erstellen.

Die bestehenden Angebote von BeKo und Pflegestützpunkt sollen in die Teilräume erweitert werden mit dem Ziel, ein niedrigschwelliges Beratungsangebot im Netzwerk mit Hausärzten, Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen und deren Angehörige sicherzustellen.

Im täglichen Verwaltungshandeln sollen Barrieren weiter abgebaut werden, z.B. durch Formulare in einfacher bzw. leichter Sprache, der Fortsetzung des Angebots an Gebärdendolmetschern, aber auch durch die verstärkte Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen.

Inklusive Gestaltung der Jugendhilfe

Die Umsetzung des neuen inklusiven Kinder- und Jugendhilferechts des Bundes wird auch für die betroffenen Familien und die Verwaltung im Landkreis Gießen erhebliche Auswirkungen haben, weshalb wir diesen Prozess durch eine Steuergruppe aus Vertretern von Politik, Behinderten- und Jugendhilfe begleiten. Die Wahrnehmung der im Gesetz vorgesehenen unabhängigen Beratung von Kindern und Erziehungsberechtigten sowie der Ombudsstelle möchten wir durch Einbeziehung externer Dritter gewährleisten.

Ganztagsangebote wollen wir flächendeckend auch für Kinder mit Behinderung nutzbar machen inklusive der Ferienangebote. Bis zum Erreichen dieses inklusiven Ziels soll es spezielle Angebote für Kinder mit schweren und mehrfachen Behinderungen analog des Paktes für den Nachmittag in den Ferien geben.

Soziale Beratungsangebote

Wir wollen die gut ausgebaute Struktur an Beratungsstellen in Stadt und Landkreis Gießen und deren (tarifgerechte) Finanzierung erhalten.

Da sich immer mehr Einrichtungen der Altenpflege und Eingliederungshilfe der von den Krankenkassen finanzierten Möglichkeit zur „Gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase“ widmen, sollen Betreuungsbehörde und Altenhilfeplanung diesen Prozess koordinieren und ein Netzwerk der Beteiligten im Landkreis bilden.

Geschlechtergerechtigkeit

Die Koalition tritt für eine Gesellschaft ein, in der Verantwortung und soziale Zuständigkeit für alle Menschen gerecht verteilt sind.

Wir werden in der Kreisverwaltung die Gleichberechtigung in allen Bereichen fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirken. Dazu gehören entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote, die Schärfung des Bewusstseins um unterschiedliche Interessen und Betroffenheiten, die Weiterentwicklung des Frauenförderplans und flexible Arbeitsmodelle wie Teil- und Gleitzeit sowie Homeoffice. Wir befürworten eine gerechte Verteilung von Pflegearbeit („Care-Arbeit“) und möchten Familien die Wahlfreiheit bei der individuellen Ausgestaltung ermöglichen. Zudem sollen Kreisgebäude mit Publikumsverkehr barrierefrei und familienfreundlich gestaltet werden.

An Stelle der Frauenkommission möchte die Koalition einen öffentlich tagenden Beirat für Frauenpolitik. Diesem sollen neben Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern auch sachkundige Bürgerinnen und Bürgern angehören. Es sollen zudem deutliche Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder gesetzt werden, die Förderungen werden beibehalten.

Integration

Wir wollen den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben aller Menschen in unserem Landkreis verbessern und mit einem „Diversityrat/Forum für Vielfalt“ eine Plattform für einen konstruktiven Austausch aller Akteurinnen und Akteure schaffen. Integration erfordert Integrationsleistungen der Migrantinnen und Migranten und bedarf der Offenheit und Förderung seitens der Aufnahmegesellschaft.

Menschen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen, brauchen Schutz. Wir helfen Menschen in Not und bekennen uns klar zum Grundrecht auf Asyl. Für die große Aufgabe der Integration gilt: Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, also Sprachkurse, Arbeit, Wohnungen und Schulen. Wir stehen für eine offene Gesellschaft der Einheit und Vielfalt.

Die Koalition befürwortet:

- Unabhängige und kostenlose Informationen und/oder Rechtsberatung, wie sie von der Diakonie und der Refugee Law Clinic angeboten werden.
- Die Koordination und Fortsetzung der bestehenden Unterstützung der Ehrenamtlichen.
- Die sozialverträgliche dezentrale Unterbringung in möglichst kleinen Wohneinheiten als Gemeinschaftsunterkünfte.
- Die Vermittlung von geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge, die aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen.
- Die Förderung von Beratungs- und Integrationsmaßnahmen in den Teilräumen.

- Angebote von Deutschkursen in jedem Teilraum inkl. Organisation von Kinderbetreuung, damit ortsnahe Integrations- und Deutschkurse zur Verfügung stehen.
- Die Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt, durch eine Koordination aller Akteurinnen und Akteure auf dem Feld der Arbeitsmarktintegration.
- Eine Sensibilisierung der Asylsuchenden auf das Prinzip „fördern und fordern“.
- Die Unterstützung des Ausländerbeirates. Solange sich aus den Communities Menschen zur Wahl stellen und Verantwortung übernehmen wollen, steht eine Integrationskommission nicht zur Debatte.
- Weiterhin Begegnungsfelder zur Vernetzung zu schaffen.

Extremismus

#saytheirnames: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Gabriele Rathjen, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov sowie Walter Lübcke uvm. Die Liste der Namen vom Menschen, die Opfer von extremistischen und insbesondere rechtsextremen Anschlägen wurden, wird immer länger. Die Koalition stellt sich aus dieser Verantwortung allen extremistischen Erscheinungsformen sowie allen weiteren Erscheinungsformen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit aller Kraft und überall entgegen und fordert – wo auch immer der Extremismus Fuß fassen will – eine klare und eindeutige Haltung für eine freie und offene Gesellschaft. Dabei stehen neben dem Rassismus alle Formen des Extremismus, insbesondere der Rechtsextremismus, der Antisemitismus und der Islamismus/Salafismus im Fokus.

Die Koalition befürwortet:

- Die Aufklärungsarbeit, insbesondere an Schulen durch Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.
- Den Weg zur „Schule mit Courage/Schule gegen Rassismus“.
- Das Angebot von Fach- und Vernetzungstagungen.
- Das Beratungs- und Monitoringangebot der Jugendförderung.
- Die Intensivierung der Beschäftigung mit der NS- und SED-Diktatur im Rahmen der Jugendbildung.
- Die präventiven Angebote des Jugendbildungswerks.
- Die Weiterführung der Erhebung „Rechte Strukturen im Landkreis“.
- Die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs unter den Gesichtspunkten Prävention, Intervention und Sanktion in enger Absprache mit dem bereits bestehenden Netzwerk, sowie weiteren Institutionen und Behörden.
- Ein Stärkeres Fortbildungsangebot im Bereich Rechtspopulismus, sowie HateSpeech.

11. Rettungsdienste und Gefahrenabwehr

Das Personal der Rettungsdienste sowie die Einsatzkräfte der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen setzen sich in besonderem Maße für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung sowie für die Gewährleistung von Sicherheit und Schutz in Gefahrenlagen ein. Sie verdienen dabei unsere besondere Wertschätzung.

Rettungsdienste

Die Rettungsdienste haben in den vergangenen Jahren zusätzliche Belastungen tragen müssen. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und um die schnelle, medizinische Versorgung der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten, ist eine Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes ebenso notwendig, wie ggfs. eine Erhöhung der Regelvorhaltung. Die Hilfsfrist von 10 Minuten ist beizubehalten.

Gefahrenabwehrzentrum

Das Gefahrenabwehrzentrum ist ein besonders anspruchsvolles Projekt für den Landkreis Gießen. Zum einen ist es mit erheblichen finanziellen Verpflichtungen verbunden, aber noch größer erscheint die Herausforderung, die beteiligten Aufgabenträger alle auf die gleichen Ziele auszurichten. Hierzu möchten wir eine Arbeitsgruppe mit wechselnden Themen und ggf. wechselnden Mitgliedern und Beratern installieren. Die Koalition ist an einem konsensorientierten und abgestimmten Verfahren mit allen Beteiligten interessiert.

Leitstelle

Die Leitstelle ist durch zusätzlichen Aufwand und den Anstieg der Einsatzzahlen stark belastet. Um den Herausforderungen zu begegnen, ist die Leitstelle durch zusätzliches Personal zu stärken. Daneben streben wir den Ausbau der Leitstelle zu einer Gesundheitsleitstelle an.

Im entstehenden neuen Gefahrenabwehrzentrum wird auch die neue Rettungsleitstelle des Landkreises Gießen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr installiert. Hier werden alle rettungsdienstlichen, feuerwehrtechnischen Einsätze der Region alarmiert und abgewickelt. Nach der Inbetriebnahme wird diese Leitstelle eine der modernsten Deutschlands sein. Schon die bisherige Leitstelle hat Sonderaufgaben, wie die Disposition von Sekundärtransporten schwerstkranker Patienten innerhalb von Hessen und über die Landesgrenze hinaus. Diese Koordinierungs- und Zusatzaufgaben für spezialisierte Intensivverleger und Intensivhubschrauber sollen dem Standort Gießen erhalten bleiben, wofür die Koalition sich nachdrücklich bei der Landesregierung einsetzen wird. Die Leitstelle des Landkreises hat das bestmögliche Personal und auch die Möglichkeit, die stetig belastete hausärztliche Versorgungsnummer 116 117 in allen Belangen zu unterstützen. Hier erkennt die Koalition ein erhebliches Potential zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und wird sich für eine Neuausrichtung einsetzen.

Feuerwehr-Fahrzeugkonzept

2013 wurde erstmals ein kreisweites Feuerwehr-Fahrzeugkonzept beschlossen. Darin wurden für Fahrzeuge mit überörtlichen Aufgaben zentrale Standorte und eine Umlagefinanzierung durch alle Kreisgemeinden festgelegt. Dieses Fahrzeugkonzept und die gemeinsame Ausschreibung/Beschaffung von Einsatzmaterial im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit haben sich bewährt. Wir werden deshalb das Fahrzeugkonzept sowie den Bedarfs- und Entwicklungsplan des Landkreises fortschreiben. Wo es möglich ist, wollen wir Fördermittel des Landes Hessen für interkommunale Zusammenarbeit in Anspruch nehmen.

Freiwillige Feuerwehren und Hilfsorganisationen

Der Mitgliederrückgang bei den Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Landkreis Gießen nimmt weiter zu. Hier bedarf es eines landkreisweiten Mitgliederwerbungskonzeptes, bei dessen Umsetzung wir mit finanziellen Mitteln unterstützen möchten. Zudem werden wir prüfen, ob wir das Ehrenamt in Feuerwehr und Katastrophenschutz hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes entlasten können.

In Zeiten von Corona musste der praktische Übungsbetrieb der Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Landkreis Gießen ruhen. Nicht allen Feuerwehren gelang es aus eigener Kraft digitalen Übungsdienst anzubieten. Durch die Unterstützung gezielter Seminare und Beratung möchten wir die Feuerwehren und Hilfsorganisationen auf ihrem Weg zum digitalen Übungsbetrieb unterstützen und so die Einsatzbereitschaft der ehrenamtlichen Einsatzkräfte sicherstellen.

12. Kultur, Ehrenamt und Sport

Das Engagement von Menschen in und für unsere Gesellschaft ist eine wichtige Stütze für das gesellschaftliche Zusammenleben. Ebenso wie die Kultur prägt auch das Ehrenamt und der Sport die Identität und das Leben in unserem Landkreis.

Kultur

Während und nach der Corona-Pandemie wollen wir kulturelle und künstlerische Initiativen im ganzen Kreis bewahren und zwar gerade auch in den kleinen Orten. Unser Ziel ist es, allen Menschen den Zugang zu kulturellen Angeboten und kultureller Teilhabe zu ermöglichen. Dazu müssen sichtbare und unsichtbare Barrieren abgebaut werden. Veranstaltungsorte müssen barrierefrei erreichbar sein und das Recht auf Partizipation beim Zugang zu Künsten und Kultur umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit unter den Kulturinstitutionen, -vereinen, -gruppen sowie Kulturakteurinnen und Kulturakteuren ist ein Motor für die Kulturszene und führt zu einer größeren Sichtbarkeit des Kulturangebots in unserer Region. Wir wollen die Kulturakteurinnen und Kulturakteure aus dem Landkreis stärker miteinander vernetzen und wollen einen regelmäßigen Austausch auf Kreisebene als „Kulturforum“ initiieren.

Kinder und Jugendlichen haben nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben. Wir wollen Initiativen auf diesem Gebiet weiterhin fördern und unterstützen.

Stadttheater

Ein Leuchtturm in der mittelhessischen Kulturlandschaft und ein wichtiger Arbeitgeber ist seit über hundert Jahren das Stadttheater, das wir weiter fördern und unterstützen wollen. Wir halten daher weiter am Theatervertrag zwischen dem Land Hessen, dem Landkreis und der Universitätsstadt Gießen fest. Wir stehen dafür, dass unser Stadttheater ein Dreipartienhaus mit philharmonischem Orchester bleibt.

Kinos

Den Kinopreis des Landkreises werden wir fortführen. Wir setzen uns nachdrücklich für den Erhalt der beiden Kinos in Lich und Grünberg ein.

Museen

Wir halten die Arbeit unserer Museen im Landkreis für wichtig und wollen sie in Zukunft fördern und unterstützen. Dazu bietet sich u.a. die Abstimmung mit dem Oberhessischen Museum in Gießen und dem „Verbund mittelhessischer Museen e.V.“ an. Hierzu kann der Museumsführerschein für Schulkinder ein erster Schritt sein.

Musikschulen und Musikvereine

Wir wollen den Zugang zu Musikschulen beibehalten und dort, wo nötig ausbauen. Die musikalische und künstlerische Förderung soll einen hohen Stellenwert in der Nachmittagsbetreuung der Schulen erhalten, damit auch Kinder, deren Eltern Musik- und Kunstschulen nicht bezahlen können, ein musikalisches oder anderes künstlerisches Angebot wahrnehmen können.

Volkshochschule

Wir wollen das kulturelle Angebot der Kreisvolkshochschule beibehalten. Wir streben eine engere Kooperation der Volkshochschulen in Stadt und Kreis Gießen an. Wir wollen die Digitalisierung der Kreisvolkshochschule vorantreiben und die Angebote der online verfügbaren VHS-Kurse weiter ausbauen. Um ein wohnortnahes Weiterbildungsangebot sicherstellen zu können, setzen wir uns für ein verbessertes Angebot von VHS-Kursen in unseren Kreisgemeinden ein.

Kulturlandschaft und Denkmalschutz

Zu unserer Kulturlandschaft gehören von Menschen erstellte kulturelle Hinterlassenschaften, wie die zahlreichen historischen Bau- und Bodendenkmäler. Denkmäler sind unser kulturelles Erbe, sie genießen daher zu Recht einen hohen ideellen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns ein für ihren Schutz und Erhalt; auch durch die Unterstützung der Arbeit des Denkmalbeirats.

Wir halten den Denkmalschutz für unverzichtbar, nachhaltig und ressourcenschonend. Das ALBIZ (Altbauberatungs- und Informationszentrum), das ehrenamtliche Beratung zur Sanierung und Finanzierung von Altbauten durch Expertinnen und Experten durchführt, trägt in diesem Sinne zum Erhalt von historischen Gebäuden bei, es soll auch weiterhin gefördert und unterstützt werden. So können wieder attraktive Lebensräume geschaffen und historische Bausubstanz erhalten werden.

Ehrenamt und Sport

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind prägende Säulen unseres gesellschaftlichen Lebens. Insbesondere die Vereine und ihre ehrenamtlich tätigen Mitglieder leisten einen unschätzbaren Wert für unser Zusammenleben. Ehrenamtliches Engagement ist bunt, vielfältig und nicht immer an Ehrenämter gebunden. Die Koalition möchte das bürgerschaftliche Engagement u.a. durch bestehende und neue Wertschätzungsformate würdigen.

In den letzten Jahren wurde in unterschiedlichen Situationen deutlich, wie wichtig unsere Hilfsorganisationen sind. Deshalb werden wir die Feuerwehrvereine, das DRK, die Johanniter Unfallhilfe, den Malteser Hilfsdienst, den Arbeiter-Samariter-Bund, die DLRG, das THW sowie die vielen anderen für unsere Gesellschaft wichtigen Vereine auch weiterhin konsequent unterstützen.

Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger bei der Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem Freiwilligenzentrum Gießen, dem Sportkreis Gießen, dem Verein Region Gießener Land und weiteren Akteurinnen und Akteuren soll der Landkreis Gießen seine Bindegliedfunktion zwischen ehrenamtlichen Engagement und den zur Verfügung stehenden Angeboten für ehrenamtlich Tätige im Rahmen einer Ehrenamtskonferenz institutionalisieren. Zusätzlich soll ein Ehrenamtspreis für außergewöhnliches Engagement ausgelobt werden.

Für die Koalition gehört Sport und Bewegung zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir wollen den Prozess der Sportentwicklungsplanung transparent und im Dialog mit den Kommunen, dem Sportkreis, der Sportkommission sowie weiteren Vertreterinnen und Vertreter aus dem nicht-vereinsgebundenen Sport weiterführen und die Ergebnisse des Sportstättenentwicklungsplans umsetzen. Mit der Etablierung von Sporttagen wollen wir die Bedeutung des Sports hervorheben und die Vereine in ihrer Arbeit unterstützen.

Wir wollen die Sportkommission als wichtigen Ort des Austausches zwischen Politik, Verwaltung und Sportermöglicern, in dem sportpolitische Entscheidungen mit sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemeinsam vorbereitet werden, stärken.

Neben der Bezuschussung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern und Vergabe von Hallenzeiten wollen wir im Rahmen der Sportförderung auch inhaltliche Akzente setzen. Der noch zu geringen Sichtbarkeit von Frauen und Mädchen im Sport und den inklusiven Angeboten soll Rechnung getragen werden. Die klare Positionierung gegen demokratiefeindliche Bestrebungen sollen ebenso Bestandteile wie die Sensibilisierung für LSBTIQ* Menschen sein. Selbstverständlich bleibt die Nutzung der kreiseigenen Sportstätten für ansässige Vereine weiterhin kostenfrei.

Gemeinsam mit dem Land (Programm SWIM) und den Kommunen wollen wir uns für den Erhalt aller Bäder im Landkreis Gießen einsetzen.

Die kreiseigenen Schulsporthallen wollen wir in den nächsten Jahren zukunftsfähig machen und sanieren, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist und in anderen Fällen Neubauten prüfen, wie im Falle der Theo-Koch-Schule in Grünberg. Hier wollen wir in Absprache mit den Kommunen in neue Sportstätten und Sportplätze investieren und dabei vorhandene Landes- und Bundesmittel zur Finanzierung mit heranziehen.

Ettingshausen, den 17. Mai 2021

Helge Braun

Vorsitzender des
CDU-Kreisverbandes

Christian Zuckermann

Vorsitzender der Fraktion
von Bündnis 90/Die Grünen

Kurt Hillgärtner

Vorsitzender der
FW-Fraktion

Christopher Lipp

Vorsitzender der
CDU-Fraktion

Gerda Weigel-Greilich

Stv. Vorsitzende der Fraktion
von Bündnis 90/Die Grünen

Claudia Zecher

Stv. Vorsitzende des
FW-Kreisverbandes